

**Prof. Dr. Bernhard Vogel**  
**Ministerpräsident a. D., Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Meine Damen und Herren!

Ich freue mich über Ihre Einladung und fühle mich geehrt, vor der Technischen Universität Chemnitz sprechen zu dürfen. Die letzten 14 Jahre sind so stürmisch verlaufen, dass es viel zu selten Möglichkeiten gab, die einzelnen Regionen der jungen Länder regelmäßig zu besuchen.

Offensichtlich hat sich die Zusammenarbeit zwischen den Professuren für Internationale Politik und Sozial- und Wirtschaftsgeographie bewährt, sonst fände heute nicht bereits das achte Politik- und Regionalwissenschaftliche Symposium statt! Neu ist allerdings, dass sich nun auch das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung in Dresden an dieser Veranstaltung beteiligt. Das ist noch ein Grund mehr, dass ich gerne zu Ihnen spreche.

Wenn Sie bei diesem Symposium mit dem Blick nach Polen und Tschechien eine erste Bilanz der EU-Erweiterung ziehen, ist die Universität Chemnitz dafür zweifellos ein passender Ort: Nicht einmal 50 km trennen uns hier von der tschechischen Grenze.

Gerade die Region Chemnitz hat in Europa wesentliche Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung zu erwarten – so jedenfalls das Gutachten des ifo-Instituts Dresden vom vergangenen Jahr.

Am 1. Mai dieses Jahres hat sich eine Vision erfüllt. Europa ist vereint. Sechs Wochen später haben die Europäer in 25 Ländern ein gemeinsames Parlament gewählt. Wahrhaftig ein historischer Vorgang. Wer hätte so etwas je für möglich gehalten. Aber ich bin mir nicht sicher, ob die Europäer, ob die Deutschen sich der Tragweite dieser beiden Ereignisse wirklich bewusst sind.

Ein langer und mühsamer, mit vielen Enttäuschungen und Schwierigkeiten verbundener und doch letztlich erfolgreicher Prozess ist am 1. Mai an sein Ziel gelangt. Er begann 1957 in Rom mit einer Sechsergemeinschaft aus Deutschland, Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten. 1973 kamen Großbritannien, Irland und Dänemark hinzu, 1981 folgte Griechenland, 1986 Spanien und Portugal. Was meistens übersehen und übergangen wird: Mit dem Beitritt der wiedererstandenen jungen Länder in der Bundesrepublik Deutschland wuchs die EU um 17 Millionen Deutsche – ein Zuwachs, über den nie verhandelt worden ist. Man wollte Teil der Bundesrepublik werden, man wollte ein Volk sein. Die EU-Mitgliedschaft und übrigens auch die Mitgliedschaft in der NATO waren sozusagen Zugaben, aber nicht das Ergebnis langer Verhandlungen. Ganz anders Österreich, Schweden und Finnland, die nach langen, zum Teil fast zehnjährigen Diskussionen 1995 beigetreten sind. Und schließlich jetzt die

EU-Osterweiterung mit acht mittel- und osteuropäischen Staaten und nicht ganz zu vergessen mit Malta und Zypern.

Allein die Zahlen sind beeindruckend: Etwa 75 Millionen Europäer sind hinzugekommen. Mit rund 450 Millionen hat diese Europäische Union etwa doppelt so viele Einwohner wie die USA (280 Millionen) und halb so viele wie Indien. Das Brutto-Inlandsprodukt der EU wird für das nächste Jahr mit geschätzten 10,4 Billionen Euro höher sein als das der Vereinigten Staaten von Amerika (9,7 Billionen).

Die Bevölkerung in den Beitrittsländern hat den neuen Mitgliedsstatus am ersten Tag in teilweise bewegender Weise gefeiert. Der polnische Ministerpräsident hat gesagt: „Unsere Wallfahrt nach Europa ist vorbei, wir sind wieder daheim“. Es ist wichtig, genau darauf zu achten, was gesagt worden ist: Es ist nicht gesagt worden „Wir sind Europäer geworden“, sondern es ist gesagt worden: „Wir sind wieder daheim“.

Im EWG-Vertrag von 1957 haben die sechs Gründungsländer vereinbart, „...die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen und ... durch diesen Zusammenschluss ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen, ... mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu dem gleichhohen Ziel bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen.“

Schon 1957 war klar, dass die mittel- und osteuropäischen Staaten nicht als Bittsteller kommen müssen, wenn sie die Aufnahmekriterien erfüllen, sondern dass sie ein Anrecht, dass sie einen Anspruch auf diese Mitgliedschaft in der EU hatten, denn es besteht ja wohl für niemanden ein Zweifel, dass sie zu Europa gehören. Sie sind nicht durch eigenen Willen, sondern durch eine totalitäre Herrschaft über Jahrzehnte gegen eigenen Willen am Beitritt zu dieser Gemeinschaft gehindert gewesen. Darum war es in der Tat höchst geschmacklos, im Umfeld des Beitritts davon zu sprechen, jetzt hätten sie ruhig und dankbar zu sein, dass sie hereingelassen würden. Hinzu kommt, dass die Freiheitsbewegungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern eine wesentliche Voraussetzung für den Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftssystems in Osteuropa gewesen sind. Ich verweise im Zusammenhang mit Polen nur auf die Danziger Leninwerft oder auf die Solidarnosc-Bewegung und andere Ereignisse. Man könnte auch Beispiele für andere Beitrittsländer nennen.

Eine Vision ist Wirklichkeit geworden – aber es bleibt die Frage, ob die Deutschen eigentlich ihre Chancen im neuen und erweiterten Europa erkennen. Die Osterweiterung stößt – wie wir wissen - bei vielen Deutschen auf nur begrenzte Zustimmung. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage

zur Europa- und Außenpolitik, die die Konrad-Adenauer-Stiftung Ende letzten Jahres von Allensbach durchführen ließ.

Ich will ein paar Zahlen nennen: 59 Prozent der Befragten halten den Erweiterungszeitpunkt für verfrüht, 85 Prozent befürchten, dass viele deutsche Unternehmen durch Billigkonkurrenz aus den Beitrittsländern in Schwierigkeiten kommen könnten, 83 Prozent sehen die Zuwanderung aus dem Osten anwachsen, 74 Prozent machen sich Sorgen, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland zunehmen könnte, 78 Prozent befürchten einen Anstieg der Kriminalität. 57 Prozent geben an, von den Arbeiten an einem europäischen Verfassungsvertrag noch nichts gehört zu haben.

Die Skepsis, die aus diesen Zahlen spricht, darf nicht allzu sehr überraschen. Man muss sie im Kontext der generell skeptischen Einstellungen gegenüber der EU sehen. Schon seit geraumer Zeit, das wissen wir aus vorausgehenden Untersuchungen, ist ein Informationsmangel vorhanden, Unsicherheit und Abneigung gegen einige Aspekte der Integration. Natürlich passt das auch zu der allgemein pessimistischen Grundstimmung, die in Deutschland gegenwärtig herrscht und auf die ich hier nicht näher eingehe. Die Stimmungslage überrascht nicht völlig. Aber die Vehemenz des Misstrauens und die Intensität der Befürchtungen darf uns nicht gleichgültig lassen.

Natürlich stellen wir die historische Chance der Vereinigung Europas in den Mittelpunkt. Aber die Sorgen und Ängste, die die Menschen offensichtlich bewegen, müssen beachtet werden. Es müssen die Chancen und die Risiken bedacht werden.

Die Angst der Menschen auf beiden Seiten des ehemaligen eisernen Vorhangs muss man ernst nehmen. Nicht wer Angst hat, wer Angst macht, erweist Europa einen schlechten Dienst. Mit denen, die Angst haben, muss man reden und versuchen, ihnen diese Angst zu nehmen.

Auf dem Arbeitsmarkt werden noch auf Jahre hinaus Übergangsregelungen gelten. Ich rechne mit einer Entwicklung, wie wir sie im Falle Spaniens und Portugals in den 80er Jahre hatten. Durch den Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft verringerte sich die Zahl der Übersiedler in die alten Mitgliedsländer schlagartig, weil sich die Perspektiven der Menschen in ihrer Heimat sichtbar verbesserten. Ich glaube nicht, dass wir nach dieser Übergangszeit tatsächlich zu einer steigenden Übersiedlerzahl gravierenden Ausmaßes kommen.

Sorge bereitet vielen die Sicherheit an den neuen Außengrenzen der EU. Drogenschmuggel, Menschenhandel, internationaler Terrorismus, verstärkte Einwanderung aus Drittländern! Die Frage beschäftigt die Deutschen: Wird die neue EU-Außengrenze so sicher sein, wie es die alte war? Vorhin ist schon richtigerweise gesagt worden: Deutschland ist mit dem 1. Mai zu einem EU-Binnenland

geworden. Nur die Grenze zur Schweiz bleibt eine Außengrenze. Es bedarf einer intensiven internationalen Zusammenarbeit mit den neuen Mitgliedsstaaten, um bei der Grenzsicherung und bei der Verbrechensbekämpfung sicher gehen zu können.

Und schließlich das Kostenargument – in Deutschland von besonderer Bedeutung, weil wir Nettozahler sind und übrigens hoffentlich auch bleiben. Ich erlebe das immer im Kleinen an Bayern: Die Bayern haben 30 Jahre überhaupt nichts dabei gefunden, dass sie Finanzausgleich der wohlhabenden Länder beansprucht und bekommen haben. Und jetzt jammern sie darüber, dass sie anderen Finanzausgleich zahlen müssen. Sie jammern auf hohem Niveau und sind sehr glücklich darüber, wobei man ihnen allerdings bescheinigen muss, dass sie die Finanzmittel im Gegensatz zu anderen gut angelegt haben.

Wir sind in der EU Nettozahler und sollten uns wünschen, das zu bleiben. Aber wir sind natürlich besonders betroffen. Die jüngste Erweiterungsrunde war die größte, aber sie war auch die preiswerteste EU-Erweiterungsrunde. Polen bekommt bedeutend weniger Strukturmittel als frühere Beitrittsstaaten. Im Moment zeichnet sich allerdings die Gefahr ab, dass Deutschland durch sein anhaltendes, sehr geringes Wachstum auch den Nachbarn Wachstumschancen nimmt.

Wir profitieren mehr als andere EU-Mitgliedsstaaten von wirtschaftlicher Prosperität und politischer Stabilität der östlichen Nachbarn. Je schneller die Volkswirtschaften unserer Partner, insbesondere des größten und wichtigsten Partners Polen, aber auch Tschechien und Ungarn wachsen, desto geringer werden die Kosten für Deutschland.

Dabei darf man natürlich nicht übersehen: Das Wohlstandsgefälle zu den neuen Mitgliedsstaaten ist beträchtlich. Es ist zwischen den alten und neuen Mitgliedsstaaten ganz erheblich höher, als es beispielsweise im Jahre 1989 zwischen der BRD und der DDR gewesen ist. Diese Schwierigkeiten haben wir ja noch alle in Erinnerung.

Die Ost-Erweiterung ist eine Zukunftsinvestition und eine Zukunftssicherung zugleich. Das heißt: Die EU hat sich viel vorgenommen – beispielsweise, was die Infrastruktur betrifft. Wenn wir die verkehrliche Anbindung Ostmitteleuropas an Westeuropa nicht schaffen, dann werden wir vor einem erheblichem Problem stehen. Ganz Deutschland hat seine Verkehrswege von Nord nach Süd ausgerichtet und leidet unter einem starken Defizit von West nach Ost. Hier stehen Probleme großen Ausmaßes bevor.

Die Festigung einer effizienten Verwaltung in den neuen Mitgliedsstaaten ist eine wichtige Aufgabe, eine entschiedene Kriminalitäts- und Korruptionsbekämpfung ist nicht weniger wichtig.

Nach der „Lissabon-Strategie“ soll die EU bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ entwickelt werden. Ob wir dieses Ziel bis zu diesem Zeitpunkt erreichen können, ist fraglich. Nur sollte man aus dem Fragezeichen nicht Resignation ableiten, sondern vermehrte Anstrengungen unternehmen, damit wir, wenn sich 2010 als verfrüht herausstellt, jedenfalls im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts unsere Ziele erreichen.

In einem jungen Land wie Sachsen weiß man, wie wichtig die Strukturförderung ist, um die Versäumnisse von 40 Jahren Sozialismus zu überwinden. Es ist gut und richtig, dass die Zahlung von EU-Strukturhilfen für die neuen Mitgliedsstaaten sofort mit ihrem Beitritt eingesetzt hat. Bis 2006 stehen insgesamt 23 Milliarden Euro aus der EU für die neuen Mitgliedsländer zur Verfügung. Die Solidarität mit den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten ist selbstverständlich auch in der folgenden Förderperiode ab 2007 notwendig.

In den jungen Ländern der Bundesrepublik müssen wir darauf achten, dass unser Standort für Industrieansiedlungen konkurrenzfähig bleibt. Um die teilungsbedingten Entwicklungsrückstände überwinden zu können, brauchen die jungen Länder auch nach 2006 eine Anschlussregelung für die gegenwärtige Strukturhilfe. Es ist eine Regelung notwendig, die sowohl den gegenwärtigen beihilferechtlichen Rahmenbedingungen als auch den derzeitigen Förderformen eines so genannten Ziel-1-Gebiets entspricht.

Ich darf in die Erinnerung rufen: Zu den Ziel-1-Gebieten gehört, wer unter 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der gesamten EU liegt. Vor dem 1. Mai dieses Jahres waren das die jungen Länder in der Bundesrepublik Deutschland und fast zwanzig weitere europäische Regionen. Nun hat sich in der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai an unserer wirtschaftlichen Situation nichts geändert, aber bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts liegen wir seit dem 1. Mai nicht mehr unter den 75 Prozent. Dies ergibt sich aus der Situation der Beitrittsländer, so dass erhebliche finanzielle Hilfen nach den bisherigen Förderbedingungen ab 2006 wegfallen.

Nur um deutlich zu machen, worüber wir reden: In der jetzigen Förderperiode 2000 bis 2006 erhalten die fünf jungen Länder 20,6 Milliarden Euro. Noch wichtiger als der Betrag sind aber die Förderkonditionen. Wir haben gegenwärtig das Recht, bei Großbetrieben bis zu 35 Prozent zu fördern. Wenn wir nicht mehr Ziel-1-Gebiet sind, werden es nur noch 18 Prozent sein und bei kleinen und mittelständigen Unternehmen würde der Prozentsatz der Förderung von 50 auf 28 Prozent zurückgehen.

Der 3. Kohäsionsbericht der EU-Kommission vom Februar dieses Jahres trägt diesen Sorgen Rechnung. Aber das war die alte Kommission. Das war der uns freundlich gesonnene, heutige

französische Außenminister als der zuständige Kommissar. Es wird darauf zu achten sein, wie es weitergeht.

Wir werden nicht alle Risiken ausräumen können, und wir sollten auch nicht den Eindruck erwecken, dass wir das können. Falsche Erwartungen wecken heißt immer Enttäuschungen mit einprogrammieren. Davor sollte man sich hüten. Aber wir müssen uns mit den Risiken auseinandersetzen. Gerade weil wir den Erfolg der Erweiterung wollen. Dieser Erfolg ist möglich, aber er ist noch keineswegs gesichert. Er wird in hohem Maße auch davon abhängen, ob es gelingt, in den Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu gemeinsamen Positionen in der EU zu finden. Hier liegen schlechte Erfahrungen hinter uns. In der Irak-Krise gab und gibt es keine europäische Geschlossenheit. Und Deutschland hat wenig getan, wenigstens auf eine solche Geschlossenheit hinzuwirken.

Unsere östlichen Nachbarn haben sich durch die deutsch-französische Politik bevormundet gefühlt. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist ein kostbares Gut, sie war und sie ist notwendig, um Europa voranzubringen. Deutschland und Frankreich müssen Motor der europäischen Einigung bleiben. Aber Deutschland und Frankreich dürfen Europa nicht spalten. Gerade in Mittel- und Osteuropa hegt man die Sorge, es könne zu einer „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ unter den kleinen und großen europäischen Staaten kommen.

Dabei trägt Deutschland fraglos eine besondere Verantwortung – und zwar ganz besonders gegenüber Polen, das bei weitem das bevölkerungsreichste neue Mitglied ist und das sich schon in den ersten Monaten als ein sehr selbstbewusster Partner erweist. Wir sollten Polen größte Aufmerksamkeit schenken. Hier in Sachsen weiß man, aber im Westen Deutschlands weiß man nicht, dass die deutsche Grenze mit Polen nur um einen Kilometer kürzer ist als die Grenze zu Frankreich.

Deutschland ist an einem ausbalancierten Verhältnis zwischen unseren Nachbarn interessiert. Deswegen muss vom „Weimarer Dreieck“, dem deutsch-französisch-polnischen Treffen der Staats- und Regierungschefs, ein positiver Impuls ausgehen. Aber dazu muss sich dieses Dreieck als gleichschenkliges Dreieck erweisen.

Russland und Frankreich – Chirac und Putin sind für die deutsche Außenpolitik wichtig, aber allein reicht das nicht! Es darf doch niemanden wundern, dass es die Polen erschreckt, wenn über ihre Köpfe hinweg neue Bündnisse zu entstehen scheinen. Polen hat historische Erfahrungen mit den Polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert, mit dem Rapallo-Vertrag zwischen Deutschland und Russland 1922 und mit dem Hitler-Stalin-Pakt 1939. In polnischen Schulbüchern lehrt man, was der Hitler-Stalin-Pakt war, in deutschen Schulbüchern in der Regel nicht und in russischen ganz sicher nicht.

Wir müssen sehen, dass die mittel- und osteuropäischen Staaten ihre neu erworbenen Sicherheitsgarantien nicht gefährdet sehen. Polens Europaminister hat vor ein paar Tagen – am 14. Oktober im Sejm – eine positive Bilanz der ersten sechs Monate polnischer EU-Mitgliedschaft gezogen. Der Złoty sei stark, die Inflation sei gebremst, der Handel, Importe wie Exporte, sei insgesamt deutlich angewachsen. Auch in der Landbevölkerung sei die Stimmung positiv.

Beunruhigend ist, dass die deutsch-polnischen Beziehungen sich insgesamt ohne Frage kritisch entwickelt haben: der Irak-Konflikt, der Streit um die EU-Verfassung, das „Zentrum gegen Vertreibung“, die Reparationsresolution des polnischen Sejm, die unglücklichen Wortmeldungen der „Preußischen Treuhand“. Die beruhigenden Stellungnahmen der polnischen Regierung, besonders des polnischen Staatspräsidenten, sind demgegenüber in Deutschland zu wenig zur Kenntnis genommen worden. Auch ist zu wenig zur Kenntnis genommen worden, dass sich der Bundesverband der Vertriebenen nachdrücklich gegen die Initiative der „Preußischen Treuhand“ gestellt hat, sie abgelehnt hat.

Ich möchte zum Stand dieser Beziehungen ein paar Bemerkungen machen, aber zunächst darauf hinweisen, dass sich die Tschechen in dieser Diskussion erfreulicherweise sehr besonnen gezeigt haben. Stimmen, die dazu auffordern, dem Beispiel des Sejm zu folgen, sind nur sehr vereinzelt zu hören gewesen. Bei den tschechischen Politikern hat eine solche Forderung kaum Widerhall gefunden. Ich sage das mit einer gewissen Nachdrücklichkeit, weil Sie wissen, dass zwischen Polen und Tschechien nicht alle Probleme abschließend und freundschaftlich geklärt waren vor dem Beitritt in die EU.

Es muss nachdenklich machen, dass wir uns erneut Sorgen um das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen machen müssen. Ich rate in der neu aufgekommenen Diskussion dazu, sie anzunehmen und sie nicht beiseite zu schieben. Ich rate dazu, dass man zuhört. Wir sind in Deutschland häufig geneigt, mehr zu reden als zuzuhören. Wir sollten das besonders international nicht tun, wir sollten das aber auch von unseren polnischen Freunden erbitten. Wir sollten Geduld walten lassen und wir sollten uns von der Überzeugung leiten lassen, dass das Fundament der deutsch-polnischen Beziehungen inzwischen viel zu stabil ist, als dass es durch solche Aufgeregtheit auf Dauer Schaden leiden könnte.

Es ist ungeheuer schwierig, die über tausendjährigen deutsch-polnischen Beziehungen nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs wieder in Gang zu bringen! Im Mittelpunkt muss die Botschaft stehen, dass wir im Gedenken an die Vergangenheit gemeinsam die Zukunft gestalten wollen. Allen unseren Bemühungen muss die Überzeugung zugrunde liegen, dass insbesondere die deutsch-polnische Annäherung, aber auch die deutsch-tschechische Verständigung Schlüsselfragen für die

friedliche Zukunft Europas sind. Dieses neu gewachsene Verhältnis dürfen wir unter keinen Umständen aufs Spiel setzen.

Mir hat das Bild von der Rose und den Dornen sehr gut gefallen. Ich habe in der Tat den Eindruck, die Menschen sind teilweise weiter als ihre gewählten politischen Repräsentanten. Vor allem bitte ich Sie, Studentinnen und Studenten, zu mehr gegenseitigem Verständnis und zu mehr Kenntnis beizutragen. Frankfurt an der Oder ist ein gutes Beispiel für die Fortschritte bei der deutsch-polnischen Verständigung. Es wäre höchst erfreulich, wenn Chemnitz ein genauso gutes Beispiel für die deutsch-tschechische Studentenbegegnung wäre.

Ich habe darauf hingewiesen: Die Erweiterung der Union ist mit Risiken verbunden. Aber das Risiko eines Scheiterns wäre weitaus größer. Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen, davon ist in den Römischen Verträgen an zentraler Stelle die Rede. Zu leichtfertig wird heute in der Alltagsdiskussion diese Zielsetzung aus dem Blick verloren. Der Kern des europäischen Vereinigungsprozesses war und ist die Schaffung von Frieden und Stabilität.

Wer hätte das nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges für möglich gehalten? Wer hätte das vor der friedlichen Revolution in Deutschland und dem Zusammenbruch des Kommunismus in der Sowjetunion für möglich gehalten? Ich will ausdrücklich, weil erfreulich viele junge Leute hier im Saal sind, sagen: Ich glaube, einen Teil Ihrer Sorgen zu kennen. Ich habe für diese Sorgen Verständnis. Nur eine Sorge haben Sie nicht, und das ist ein Ergebnis dieser europäischen Einigung. Als mein Vater Abitur gemacht hat, brach der Erste Weltkrieg aus. Aus seiner Klasse kehrte die Hälfte der Schüler zurück. Als mein Bruder, der ein paar Jahre älter ist als ich, Abitur machte, war das mitten im Zweiten Weltkrieg, und 2/3 seiner Klasse kamen nicht mehr zurück. Sie haben die Gewissheit, dass nicht die Hälfte von Ihnen mit 23 oder 25 Jahren Ihr Leben auf dem Schlachtfeld beenden werden. Das ist der Erfolg einer europäischen Friedenssicherungspolitik. Das ist Grund genug, uns für die Zukunft anzustrengen, dass dieser Prozess weitergeht und fortgeführt wird.

Dafür kann man etwas tun! Vieles davon liegt im wirtschaftlichen Bereich. Auch bei den Römischen Verträgen war die wirtschaftliche Zusammenarbeit kein Selbstzweck, sondern eine Voraussetzung dafür, Freiheit und Frieden in Europa zu sichern.

Wir müssen wirtschaftlich zusammenarbeiten. Viele Deutsche haben begriffen, dass der Zukunftsmarkt in Asien liegt. Viele Deutsche sollten begreifen, dass ein riesiger Zukunftsmarkt vor unserer Türe liegt. Wer Autos verkaufen will, braucht Arbeiter, die Autos kaufen können. Der Bedarf in den Beitrittsländern, der Konsumbedarf ist groß, aber sie müssen in die Lage versetzt werden,

Konsumwünsche auch zu befriedigen. Das setzt voraus, dass wir eine Arbeitsteilung, eine gesamteuropäische Arbeitsteilung in Gang bringen, die unsere globale Wettbewerbsfähigkeit erhöht.

Dass das Wachstum in den Beitrittsländern größer ist als in den alten europäischen Staaten, ist Ihnen bekannt. Für 2004 erwartet man ein Wachstum zwischen 3,3 Prozent in Tschechien und Ungarn und 5,7 Prozent in Litauen. Für Deutschland kommt die Schätzung auf 1,4 Prozent, für Frankreich auf 1,5 und für Italien auf 1,4 Prozent. Wir müssen die Menschen in Mittel- und Osteuropa in die Lage versetzen, Kunden zu werden. Das ist ihre Chance und auch unsere Chance, übrigens insbesondere der jungen Länder. Ich habe mir einmal die Zuwachsraten des Ex- und des Importes für Thüringen angesehen. Wir haben seit 1993 beispielsweise in Thüringen eine Steigerung um 15 Prozent des Exportes nach Polen, Tschechien und Ungarn.

Es gibt ein Gutachten des ifo-instituts Dresden, wohl noch die einzige Studie, die sich auf der Grundlage einer umfassenden empirischen Analyse mit den Auswirkungen der EU-Erweiterung befasst. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die sächsische Wirtschaft mit einem kräftigen Schub rechnen kann. Die besten Chancen bringt die EU-Erweiterung nach dieser Studie für den Fahrzeug- und Maschinenbau, für das Management Consulting und den IT-Bereich. Risiken drohen dagegen – vor allem wegen der Arbeitskostenvorteile in Tschechien und Polen – im Bauhandwerk und der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Wie die Bilanz letztlich ausfallen wird, hängt entscheidend von der Innovationsfähigkeit der Unternehmer ab. Der Mittelstand mit seiner besonderen Flexibilität und der Bereitschaft, Marktnischen ausfindig zu machen, hat Chancen. Deswegen kommt es besonders auf ein grenzüberschreitendes Netzwerk an, um die Potentiale der grenznahen Regionen ausschöpfen zu können. Die EU bietet mit dem Interreg-Programm Hilfen an, um die Strukturprobleme in grenznahen Regionen zu überwinden. Von 2000 bis 2006 stehen allein für diese Interreg-Programme 5 Milliarden Euro zur Verfügung, von denen knapp 800 Millionen auf Deutschland entfallen. Gefördert werden unter anderem Unternehmenskooperationen und der Ausbau der Infrastruktur.

Die Chancen für die jungen Länder sind nicht schlecht, man muss sie nur entschieden nutzen. Wir können unsere Chancen nur nutzen, wenn in ganz Deutschland ein Aufschwung in Gang kommt. Die ganze unnötige Debatte über den Aufschwung Ost lässt sich nach meiner Meinung auf den Satz zurückführen: Wenn es nicht zu einem „Aufschwung Deutschland“ kommt, dann kommt es auch nicht zu einer Fortsetzung des „Aufschwung Ost“, da selbstverständlich der Schwächere noch stärker unter dem zu geringen Wachstum leidet als der Starke.

Viele Beitrittsländer haben ihre Steuersysteme radikal umgestellt. Wir beklagen das, anstatt das auch selber zu tun. Zu lernen schadet nie, es zu beklagen ist keine Lösung. Wir erfahren das ganz am Rande an dem kleinen Beispiel Eisenach: Es war nicht einfach für die Mitarbeiter von Opel Eisenach, jahrelang mit 20 Prozent niedrigeren Löhnen als bei Opel Rüsselsheim oder Opel Bochum auszukommen und zwei Stunden länger zu arbeiten. Aber es zahlt sich aus. Es ist kein Grund, sich jetzt ins Fäustchen zu lachen. Es ist jedoch Grund zu empfehlen, sich dieses Beispiel vor Augen zu führen. Man musste 1989 viel Phantasie aufbringen, um sich ein vereintes Europa vorzustellen, in dem ehemals kommunistisch regierte Länder in den Integrationsprozess miteinbezogen werden. Auch nach der Wiedervereinigung, nach dem Ende des Warschauer Paktes und dem Zerfall der Sowjetunion war keineswegs klar, dass die europäische Union sich in wenigen Jahren nach Osten bis zu den baltischen Staaten erweitern würde.

Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, dass der Westen auf Dauer nicht stabil bleiben kann, wenn es dem Osten auf Dauer schlecht geht. Mit den Worten von Vaclav Havel: „Entweder stabilisiert der Westen den Osten oder der Osten destabilisiert den Westen.“ Dass wir uns für das Gelingen der Europäischen Union engagieren, liegt auch in unserem eigenen Interesse.

Europa ist vereint, eine Vision hat sich erfüllt, aber das Bauwerk ist noch nicht vollendet. Es besteht die Chance, es zu vollenden, aber es gibt immer noch reale Risiken, dass das Projekt auch scheitern könnte.

Das Gebot der Stunde muss lauten, die Union so zu bauen, dass sie Bestand hat und sich wirklich zu einer politischen, sozialen und wertemäßigen Gemeinschaft entwickelt. Die Vertiefung der Union muss im Vordergrund stehen und gegenwärtig nicht die Aufnahme weiterer Mitglieder.

Ich möchte mir erlauben, noch eine Fußnote zur Diskussion um den Beitritt der Türkei zu machen: Ich bin gerade in Ankara und Istanbul gewesen und habe mit vielen Repräsentanten gesprochen, vor allem mit dem Außenminister, dem Wirtschaftsminister und dem Justizminister. Auch hier empfehle ich, die Diskussion mit großem Ernst und nicht mit unnötigen Emotionen zu führen.

Es steht nicht nur die Frage der Aufnahmefähigkeit der Mitgliedsstaaten zur Debatte. Was die Beitrittsfähigkeit betrifft, möchte ich hinsichtlich der Türkei sagen, die Veränderungen, die sich dort in den letzten zwei Jahren vollzogen haben, sind beachtlich. Es ist bei einem Zeitraum von zwei Jahren nicht verwunderlich, dass die Reformen zwar im Parlament beschlossen, aber bei weitem noch nicht draußen angekommen sind. Es herrscht noch keine Religionsfreiheit, es wird noch gefoltert, aber es ist beachtlich, was die Regierung und die Parlamentsmehrheit in Gang gesetzt hat. Ob die Partei, die sich diesen Beitritt zum Thema gemacht hat, tatsächlich auch eine zukunftsfähige Basis für die weitere

Zukunft der Türkei bietet, wird die Zeit zeigen. Jedermann ist sich sicher: Kommt es zu Verhandlungen, wird es ein langer Verhandlungsprozess sein – wahrscheinlich ein Zeitraum von zehn und mehr Jahren. Ich plädiere dafür, während dieser Zeit keinen Stillstand eintreten zu lassen. Der Gedanke der Privilegierten Partnerschaft ist nicht nur als Alternative zu einem Beitritt zu sehen, sondern kann auch als eine Vorstufe für einen Beitritt gesehen werden.

Was die Aufnahmefähigkeit der EU betrifft, so plädiere ich dafür, dass man erst die Vertiefung, die wir leider vor dem Beitritt der Zehn nicht erreicht haben, und dann die Erweiterung ins Auge fasst. Dazu gehört beispielsweise auch die völlig offene Frage, ob der Verfassungsvertrag – ich halte die Verfassung nicht für ein Jahrhundertwerk, aber für einen beachtlichen und alles in allem akzeptablen Text – in den 25 Mitgliedstaaten tatsächlich zustimmungsfähig sein wird.

Die Europawahlen haben uns gezeigt, dass bei solchen Entscheidungen die nationalen Probleme mehr im Vordergrund stehen als die europäischen Fragen. Bei der Europawahl sind sowohl die englische Regierung, wie die französische Regierung, wie die deutsche Regierung, die bekanntlich völlig unterschiedlich positioniert sind, abgestraft worden für innenpolitische Entscheidungen und nicht wegen ihrer Europaeinstellung. Also erst Vertiefung, dann Erweiterung.

Die EU schickt sich an, über die Grenzen Europas hinaus zu greifen. Man muss sich klar sein, wenn man ernsthaft den Beitritt der Türkei ins Auge fasst, dann wird es schwierig werden, die nordafrikanischen Staaten etwa nicht zuzulassen. Dann wird es schwer sein, die Länder des Nahen Ostens abzuweisen, die ehemaligen Sowjetrepubliken abzuweisen, Russland selbst abzuweisen, denn Russland ist in einem Teil seines Landes ohne Frage viel europäischer als die Türkei es ist.

„Europa sucht sich und weiß, dass seine Zukunft in seinen eigenen Händen liegt. Niemals war es dem Ziel so nahe. Gebe Gott, dass es seine Schicksalsstunde, die letzte Chance seines Heils nicht verpasst.“ Die Sätze Robert Schumans, einer der Gründungsväter Europas, vor fünfzig Jahren formuliert, gelten auch heute.

Dem Ziel eines in Frieden geeinten Europas sind wir ein großes Stück näher gekommen. Am Ziel sind wir noch nicht. Es gilt, die Chancen Deutschlands im neuen Europa wahrzunehmen!

\*\*\*